



**AfD-Fraktion im
Stadtrat Nordhausen
Vor dem Hagentor 3**
99734 Nordhausen
Telefon: 03631 4732847
E-Mail: k.paarmann@afd-nordhausen.de

AfD Nordhausen • Vor dem Hagentor 3 • 99734 Nordhausen

Stadt Nordhausen
Stadtratsbüro
Markt 1

99734 Nordhausen

Nordhausen, 16. Mai 2022

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Nordhausen

-Rückübertragung der Kinderbetreuungseinrichtungen in die kommunale Trägerschaft-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Nordhausen wird mit Beginn des Haushaltsjahres 2023, oder – wenn es abweichende vertragliche Regelungen gibt – zum schnellstmöglichen Zeitpunkt, die Rückübertragung der Kinderbetreuungseinrichtungen in die kommunale Trägerschaft einleiten.

Begründung:

Eine der wesentlichen Pflichtaufgaben der Stadt Nordhausen ist die Betreuung der jüngsten Stadtbewohner in Kindergärten und Kindertagesstätten.

Die Stadt Nordhausen hat vor Jahren entschieden, diese Pflichtaufgabe an geeignete Träger zu übergeben. Für diese Übertragung erhalten die Träger entsprechende Entgelte.

Ein Teil der Träger nutzt zur Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben eigene Immobilien, ein Großteil der Träger mietet zu diesem Zweck Immobilien der Stadt Nordhausen an.

Über die Kämmerei der Stadt erfolgt dann die notwendige Rechnungslegung der Träger an unsere Heimatstadt. In vertraglich festgelegten Zeiträumen werden die Kosten der Träger gegenüber der Stadt neu dargelegt und die Abrechnungssätze werden neu verhandelt.

In den letzten Jahren gab es bei der Rechnungslegung immer wieder Diskussionen über einzelne Punkte der Kostenaufstellung der Träger gegenüber der Kämmerei. Teilweise konnten Jahresabschlüsse erst mit erheblicher Verzögerung oder unter pauschalierter Anerkennung von Differenzen abgeschlossen werden.

In der Folge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kommt es für die Stadt zu einer Verringerung der Einnahmesituation aus den Hauptbereichen Einkommenssteuer und Gewerbesteuer.

Es ist ein Gebot der Stunde, im Sinne der Kostenverantwortung und eine notwendige Transparenz in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gegenüber den Bürgern.

Die Stadt verfügt über eine entsprechend ausgelegte Bürokratie vom Personalamt bis zur städtischen Immobilienbetreuung und kann diese Aufgaben ohne Mehraufwand übernehmen.

Die Beschäftigten der Einrichtungen werden zu 100 Prozent und in den sicheren öffentlichen Tarifvertrag übernommen.

Mit Ihrer vertraglichen Bindung an die Stadt erhalten die Kolleginnen und Kollegen den notwendigen Identifikationsfaktor mit der Heimatkommune. Den Bürgern wird die tätige Daseinsfürsorge im direkten Kontakt vermittelt. Doppelter Verwaltungsaufwand bei den Trägern und die Prüfung derselben durch die Kämmerei entfällt.

Der Status der eigenen Immobilien bleibt unverändert, deren Unterhalt ist wie bisher in städtischer Obhut.

Die Kämmerei hat direkten Einfluss auf die Kostenstrukturen, das Personalamt kann Synergien erzeugen, insgesamt wird in direkter Linie und sofort eine klare Kostenkontrolle installiert.

Nachverhandlungen über Kostenpositionen entfallen, die Verwaltung entspricht damit der demographischen Entwicklung der Stadt und die Bindung zwischen den Bürgern und der Stadt wird verstärkt.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Prophet
Fraktionsvorsitzender